



# FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDFORD  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 23  
10. Jahrgang

18. November 1942

Zwangsarbeiter helfen einander (ITF) Die polnischen Arbeiter Synowick und Buras hatten russischen Kriegsgefangenen, mit denen sie in einer Fabrik in Elbing zusammenarbeiteten, Tabak gegeben. Nazi-Richter bestrafte ihre Solidarität mit 4 bzw. 5 Monaten Strafärbeitslager. - (Für die Red.: Ende Oktober.)

Ein Flugblatt (ITF) In der westdeutschen Stadt Wiesbaden hatte eine Frau ein von englischen Fliegern abgeworfenes Flugblatt ins Französische übersetzt und mit einem französischen Kriegsgefangenen besprochen. Sie wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt (berichtet das "Stadtblatt" der "Frankfurter Zeitung" am 23.X.42.).

Briefe aus dem Elsass (ITF) Albert Bühl, ein 41jähriger Elsässer aus Winzenheim bei Colmar, stand (Mitte Oktober) vor dem Nazi-Sondergericht in Strassburg. Er hatte unter seinen Arbeitskollegen Nachrichten ausländischer Rundfunkstationen verbreitet und elsässischen Soldaten in Briefen empfohlen, zu den Russen überzulaufen. Bei einer Haussuchung hatten Gestapobeamte entdeckt, dass der Rundfunkapparat auf eine ausländische Station eingestellt war. Bühl wurde zum Tode verurteilt.

Gesinnung wird mit dem Tode bestraft (ITF) Radio Tokio meldet aus Changchawfu (Provinz Tukien), dass (am 21.X.) in Taifung 32 Chinesen hingerichtet wurden. Einer der Hingerichteten wird als "kommunistischer Führer" bezeichnet, den 31 anderen wird nur vorgeworfen, "sie hatte ihre Gesinnung nicht geändert". Das ist ein todeswürdiges Verbrechen! (Für die Red.: Radio Tokio, 2.XI.42.)

Lohndruck in Indonesien (ITF) Die von Japanern kontrollierte Rundfunkstation Batavia berichtet über eine Verordnung des japanischen Kriegsministeriums: freigelassene Kriegsgefangene - meist Indonesier - können künftig im Transport und in Elektrizitätswerken beschäftigt werden. Ihnen dürfen aber nicht die üblichen Löhne gezahlt werden, für sie gelten - schlechtere! - Sonderbestimmungen. - (Für die Red.: Radio Batavia, 2.XI.42.)

### Frankreich - heute

Lavals Menschenhandel (ITF) Radio Vichy sandte am 3.XI. ein Dokument seiner Schande, ein Zwiegespräch:

"Frage: Wie äussern diejenigen deutschen Firmen, die Arbeitskräfte brauchen, ihre Forderung? - Antwort: Sie stellen Listen auf, aus denen die Zahl der insgesamt angeforderten Arbeiter hervorgeht... und die von diesen geforderten Kenntnisse... Das französische Produktionsministerium bezeichnet sofort (!) nach Erhalt der deutschen Forderung, welche französische Firmen die angeforderten Arbeiter zu stellen haben.

Frage: Nach welchen Haupt Gesichtspunkten werden diese französischen Firmen ausgesucht? - Antwort:... Vor allem sollen die deutschen Firmen mit dem für sie am besten geeigneten Personal versorgt und sollen möglichst ausgeglichene Arbeitergruppen geschickt werden. Zweitens wird versucht, die Arbeit der französischen Industrie so wenig wie möglich zu behindern. Nach diesen Gesichtspunkten wird jeder französischen Firma gesagt, wie viele Facharbeiter, ich betone Facharbeiter, sie zu stellen hat.

Frage: Wie werden die Arbeiter, die nach Deutschland sollen, ausgewählt?  
Antwort: Nachdem festgelegt ist, wieviele Arbeiter jede Firma zu stellen hat, werden Listen aufgestellt, auf denen festgelegt ist, in welcher Reihenfolge die Arbeiter abfahren müssen.

Frage: Wer tut das? - Antwort: Die Gewerbeaufsicht auf Grund der Listen, die vorher von den Firmen aufgestellt werden...

Frage: Also ist nichts dem Zufall überlassen. Aber nach welchen Gesichtspunkten werden die Arbeiter, deren Namen auf diese Listen gesetzt werden, ausgewählt? - Antwort: ... Die Unverheirateten kommen zuerst. Dann kommen kinderlose Witwer und kinderlos Geschiedene; dann Männer, die länger als 2 Jahre kinderlos verheiratet sind; dann Männer, die noch keine 2 Jahre kinderlos verheiratet sind. Dann Verheiratete mit einem Kind und schliesslich demobilisierte Soldaten etc...

Frage: Wie werden die Arbeiter über Tag und Stunde der Abreise informiert? - Antwort: Das steht auch auf den Listen.

Frage: Wie erhalten die Arbeiter den Kontrakt? - Antwort: Die Gewerbeaufsicht stellt jedem Arbeiter seinen persönlichen Kontrakt zu und fordert ihn zur Unterzeichnung auf.

Frage: Gibt es Arbeiter, die die Unterzeichnung ablehnen? - Antwort: Wenn Arbeiter sich weigern, den Kontrakt zu unterzeichnen und nach Deutschland zu gehen, setzt die Gewerbeaufsicht sie auf eine Liste, die sie der Regierung sendet (!)."

Vier Tage vorher hatte Radio Vichy noch Massnahmen bekanntgegeben, durch die Angehörige von Kriegsgefangenen gegen die zur Deportation bestimmten Arbeiter ausgespielt werden: "Provinz für Provinz ist festgelegt, welche Gefangene ausgetauscht werden sollen. Provinzen, die die vorgeschriebene Zahl von Arbeitern nicht stellten, können keine Kriegsgefangenen mehr zurückerwarten... Die Zahl der Arbeiter, die nach Deutschland gehen sollen, ist endgültig für das ganze Land einschliesslich (der von Brüssel verwalteten Departements) Nord und Pas de Calais festgelegt. Jeder Arbeiter der unbesetzten Zone, der seine Pflicht nicht erfüllt, veranlasst, dass ein älterer Arbeiter oder ein Arbeiter mit grösseren Familienbindungen aus der besetzten Zone nach Deutschland gehen muss".

Rache für 1936 (ITF) Französische Unternehmen versuchen, ihnen unangenehme Gewerkschafter mit Hilfe der Deportationskommissionen Vichys nach Deutschland zu schicken. Dem grossen französischen Warenhauskonzern Galeries Lafayette hatten die Angestellten 1936 durch einen Streik ausserordentliche Verbesserungen abgetrotzt. Jetzt rächt sich die Direktion. Als Laval (am 4. IX.) das Arbeitszwangsgesetz zur Vorbereitung der Massendeportationen einführte, hat die Direktion sofort 2 Listen aufstellen lassen. Auf der einen verzeichnete sie das "entbehrliche Personal", auf der anderen das "gefährliche Personal". Auf dieser 2. Liste stehen alle 1936 gewählten Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsvertreter.

Bomben in Vichy (ITF) Radio Vichy berichtete (am 3. XI.): "Am Allerheiligentag (1. XI.) hörten wir, dass in Vichy Bomben vor der Zentrale der (faschistischen) Parti Populaire Français (Doriot) und dem Propagandazentrum für die "Nationale Revolution" (Pétains) explodierten. Am frühen Morgen hörten wir mehr. In Clermont-Ferrand, Perigeux, Montlucon, Toulouse, Marseilles und Limoges wurden in der vergangenen Nacht Terrorangriffe auf die Büros der Parti Populaire Français und die Propagandazentrale für die "Nationale Revolution" durchgeführt."

Pariser Hausfrau - heute (ITF) Die Pariser Wochenschrift "Candide" entnimmt einer Pariser Tageszeitung eine Schilderung der Einkaufsschwierigkeiten im besetzten Paris:

"Es ist Donnerstag.

7,30 - Beim Bäcker, Brot gekauft, Zwieback gibt es erst um 11 Uhr.

9,-- - Heute ist 'Fleischtag'. Aber der Schlachter sagt: diese Woche gibt es erst am Sonnabend Fleisch.

9,30 - Beim Milchmann. Käse wird erst um 5 Uhr geben.

10,-- - Beim Kaldaunenhändler. Ich habe Nummer 32 und komme erst um 4 Uhr daran.

10,30 - Beim Gemüsemann. Gemüsesoll es um 5 Uhr geben.

11,-- - Wieder beim Bäcker. Ich habe Nummer 52; bis zu dieser Nummer wird der Zwieback nicht reichen.

4,-- - Beim Kaldaunenhändler. Ein mit Innerdarmgestopftes Würstchen.

5,-- - Beim Milchmann. Der Käse kam früher, ausverkauft.

5,30 - Beim Gemüsemann. Kein Gemüse, aber ein Salatkopf.

Neunmal im Laden, 5 Stunden gelaufen und warten. Ergebnis: Brot, ein Würstchen, ein Salatkopf".

Man kann sich nach dieser Schilderung die Sorgen der arbeitenden Pariserinnen vorstellen, die nicht 5 Stunden lang von Laden zu Laden laufen können. † (Für die Red.: "Candide", 7.X.42.)

### Ein französisches Dorf

(ITF) Einen interessanten Einblick in die Stimmung in einem französischen Dorf gibt unabsichtlich ein von der "Action Française" (am 5.IX.) veröffentlichter Brief: Das Dorf zählt mit den umliegenden Gehöften etwa 2000 Einwohner. "Vor dem Krieg beherrschte die 'Volksfront' den Gemeinderat... Der Bürgermeister, wir wollen ihn Jacob nennen, wurde vor einigen Monaten abgesetzt und durch einen (nach Meinung des Briefschreibers) anständigen Kerl ersetzt. Aber hier beginnt die Verschwörung. Jacob und seine kleinen Freunde gehen übers Land, hören sich die Klagen der Bauern an und empfehlen ihnen, zu dem neuen Bürgermeister zu gehen, der 'solch ein guter Kerl ist, dass er es einfach nicht ablehnen kann, etwas für Sie zu tun'. Und so gehen jede Woche hunderte Bauern hilfeschend zum Bürgermeister. Der arme Kerl kann nicht helfen. Sie kommen enttäuscht zurück und wenn sie Jacob wiedertreffen, sind sie bereit, für die Wiederkehr der Volksfront zu kämpfen..."

Zu den Feiern der Frontkämpferlegion (Pétains) kamen nur 50 Personen, aber am 14. Juli (dem Jahrestag der Grossen Revolution) dekorierte der Holzhändler sein Haus mit einer Tricolore, die mit einem Lothringerkreuz ( - dem Zeichen de Gaulles - ) versehen war - er ist kein Lothringer und kümmert sich einen Dreck um Lothringen... Schlimmer ist, dass die Gendarmerie die einzige Polizeitruppe (am Ort) ist. Ausserhalb ihrer Gebäude kann man den englischen Rundfunk deutlich verstehen. Wenn Polizeirazzien versucht werden, sind die Gendarmen immer schon gewarnt..."

### Der Terror versagt

(ITF) Der Nazi-Staatssekretär des "Reichsprotectorats" in Prag, Karl Hermann Frank, des Henkers Heydrich rechte Hand, hat (am 20.X.) bei der Umbenennung des früheren Masaryk Quais in Prag in Heydrichufer zugegeben, dass der blutige Terror der letzten Monate den tschechischen Widerstand nicht gebrochen hat. "Die Tschechen vergessen zu leicht die ersten Junitage (nach dem Tode Heydrichs)", sagte er, "und sie vergessen zu leicht, was sie wiedergutzumachen haben. Ein bestimmter Teil des tschechischen Volkes hört schon wieder auf bestimmte Einflüsterungen... Wenn sie glauben, dass sie mit ihren illegalen, uns so bekannten Methoden gegen Führer (Hitler) und Reich Ränke schmieden können und wenn sie weiter auf ihre unrühmlich geflohenen Emigranten hören, dann kommt einmal der Tag, an dem es für eine Umkehr endgültig zu spät sein wird." Frank drohte: "Die künftige politische Haltung des tschechischen Volkes wird sein Schicksal in Böhmen und Mähren entscheiden. Der Verräter in der Heimat wird genau so rücksichtslos vernichtet wie der Feigling an der Kampffront. Wir haben gezeigt, dass wir so handeln und künftig werden wir noch härter zuschlagen". Familienmitglieder in London weilender führender Tschechen seien bereits verhaftet worden.

Am Schluss seiner Rede wandte sich Frank an die Deutschen im "Protectorat": er wisse, dass sie täglich "unter dem Druck der Flüsterkampagne und der Schikane" stehen. Er griff die Deutschen an, die die Massnahmen des Nazi-"Protectorats" kritisieren: "Wir haben unsere Neunmalklugen und Uebergescheiten..., das sind typische Spiessernaturen, denen ihr Geschäft oder das eigene Ich oder ihre Freundschaften oder ihre Liebhabereien über alles gehen. Es sind Kleinmütige und Schwächlinge, die immer kritisieren wollen; aber sie sind gefährlich, weil sie ansteckend wirken".

### Terrordrohung gegen Langsamarbeiten

(ITF) Das "Rjukan Dagblad" droht den Arbeitern der norwegischen Industriestadt (am 20.X.): "Die ernstesten Ereignisse in Troendelag (Provinz Trondheim) haben eine besondere Bedeutung für die Arbeiter. Solche Sabotageakte werden sofort scharfe Massnahmen der Besatzungsarmee zur Folge haben. In den Betrieben wird der Zwang verstärkt werden. Die Arbeiter riskieren Verschickung und wenn die Produktion auf andere Weise nicht hochgehalten werden kann, wird die Folge sicher eine bedeutende Verlängerung der Arbeitszeit sein."

### Illegale Organisation in Spanien

(ITF) In Sevilla hat Francos Polizei das 17-köpfige revolutionäre Komitee einer Geheimorganisation verhaftet, meldet Berlin. Das Komitee soll Räuberbanden (das heisst: Guerillakämpfer) in den Bergen Andalusiens geleitet und eine illegale, als kommunistisch bezeichnete, Zeitung verbreitet haben.  
(Für die Red.: Deutschlandsender, 29.X.42.)

In Norwegen:

Todesstrafe für Radiohören!

(ITF) Hitlers Kommissar in Norwegen hat sich veranlasst gesehen, eine neue Terrorverordnung zu erlassen. "Nach einer Verordnung des Reichskommissars für die besetzten nor-

wegischen Gebiete werden eine Reihe von Vergehen mit dem Tode, in leichteren Fällen oder bei Vorliegen von Milderungsgründen mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft", meldet Radio Stavanger. "Zu den betreffenden Vergehen gehören: das Betreten oder Verlassen des besetzten norwegischen Gebietes ohne Erlaubnis der zuständigen Behörde; die Betätigung für einen Feindstaat in irgendeiner Weise; die Beherbergung oder Unterstützung von Agenten oder Personen, die für einen Feindstaat tätig sind; Propaganda für einen Feindstaat oder die Herstellung oder Verbreitung von Nachrichten oder Material, welche deutschen Interessen abträglich sind; das Abhören von nicht-deutschen oder nicht unter deutscher Kontrolle stehenden Rundfunksender; die Fluchtbeihilfe an Kriegsgefangene oder (- norwegische oder deutsche -) Häftlinge der deutschen Besatzungsmacht; der unmittelbare oder mittelbare Verkehr mit Kriegsgefangenen oder Häftlingen; jegliche Gewalttat gegen die deutsche Besatzungsmacht, ihrer Angehörigen oder ihr Gefolge, sowie gegen Personen, die in loyaler Weise mit der deutschen Besatzungsmacht zusammenarbeiten oder eine solche Zusammenarbeit fördern (d.h. Quislings). Unter den verbotswidrigen Verkehr mit Kriegsgefangenen fällt auch das Anbieten und Ueberlassen von Gegenständen aller Art. Wer deutschfeindliches Nachrichten- oder Propagandamaterial erhält, hat dies sofort der nächsten deutschen oder norwegischen Polizeidienststelle abzuliefern.

Für die Aburteilung der Straftaten ist das SS und Polizeigericht - Nord zuständig".

(Für die Red.: Radio Stavanger, 5.XI.42. - Die Verordnung trägt das Datum des 12. Oktober 1942.)

Nazi-Arbeitsrecht in Holland

(ITF) Nazi-Arbeitsrecht schaltet jedes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auf Löhne und Arbeitsbedingungen aus und macht den Unternehmer grundsätzlich zum Diktator im Betrieb.

In der frühkapitalistischen Wirtschaft hatte der Unternehmer sich dieses Recht auf Grund seiner wirtschaftlichen Machtposition angemasst; Arbeiter, die diese Diktatur des Unternehmers nicht anerkennen wollten, fanden keine Arbeit und konnten hungern. Die Arbeiterorganisationen haben diesen Diktaturanspruch der Unternehmer immer weiter zurückgedrängt. Aber als die Nazis in Deutschland die Arbeiterorganisationen zerschlagen hatten, hatten sie den Arbeitern das Recht auf Vertretung ihrer Interessen genommen. Sie erkennen nur die Rechte des Betriebes, d.h. des Unternehmers, an, dem ausschliesslich die Interessen der Kriegswirtschaft übergeordnet wurden. Im deutschen "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" wurde (1934) das Diktatortrecht des Unternehmers gesetzlich festgelegt. Spätere Ergänzungen dienten ausschliesslich der weiteren Stärkung der Stellung des Unternehmers und der Anpassung der betrieblichen Massnahmen der Unternehmer an die Erfordernisse der Kriegswirtschaft.

Nach der Besetzung Böhmens und Mährens, Polens, Norwegens, Hollands, Belgiens, Luxemburgs und Nordfrankreichs hat Berlin sich zunächst mit kriegswirtschaftlichen Arbeitsrechtsmassnahmen begnügt - mit Verordnungen zum Niedrighalten der Löhne und zur Festlegung der Arbeitszeit. Die notwendigen Anordnungen wurden von der deutschen Verwaltung erlassen. Erst 1941 begann Berlin mit auf lange Sicht berechneten Eingriffen in das Arbeitsrecht besetzter Staaten. In Brüssel wurde ein belgischer Nazi zum "Generalbevollmächtigten zur Regelung von Arbeitsbedingungen" eingesetzt, um unter deutscher Aufsicht Löhne und Arbeitsbedingungen aller in Belgien Arbeitenden festzulegen. Diese Zentralisierung der Lohndruckmaschinerie erwies sich anscheinend als so zweckmässig, dass 1942 in Berlin ein "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz" für Deutschland und für alle von Deutschland beherrschten Gebiete eingesetzt wurde. Für Norwegen war darüber hinaus ein gelbes Arbeitsrecht nach deutschem Muster vorgesehen. Doch es gelang der Quisling-Partei nicht, die notwendige Voraussetzung, die norwegische Arbeitsfront, zu schaffen; es gab nicht genügend Quislings in den Betrieben. In Holland hatte sich die "Niederländische Arbeitsfront" eine Betriebsorganisation dadurch geschaffen, dass sie in den Betrieben "Soziale Obleute" ernannte. Ein Teil dieser "Obleute" hat, wie bekannt, die Ernennung nur deshalb nicht abgelehnt, weil damit zu rechnen war, dass Opponenten auf die Liste der nach Deutschland zu Deportierenden gesetzt werden würden. Trotzdem hat Hitlers Statthalter auf diese, vom Nazi-Standpunkt gesehen, höchst fragwürdige Organisation, ein neues Betriebsrecht aufgebaut.

Diese Arbeitsrechtsverordnung vom 13.X.42 ist teilweise eine wörtliche Uebersetzung des deutschen Arbeitsordnungsgesetzes, aber sie übernimmt wichtige Teile des deutschen Arbeitsrechts nicht: kein einziger der 13 Paragraphen

über Wahl und Aufgaben des "Vertrauensrats", der 21 Paragraphen über die "Soziale Ehrengerichtbarkeit" und der 7 Paragraphen über "Kündigungsschutz" wurden übernommen. Wenn weitere Zehntausende holländische Arbeiter nach Deutschland deportiert werden sollen, erscheint es unzweckmässig, von Kündigungsschutz zu reden; die "Soziale Ehrengerichtbarkeit" wird selbst von den deutschen Nazis nicht mehr ganz ernst genommen und, seit 1934 und 1935 in Deutschland die Betriebsabstimmungen über die von Unternehmern und Nazis aufgestellten Listen der "Vertrauensräte" zu Misstrauenskundgebungen gegen die Nazi-Sozialreaktion wurden, haben die Nazis entdeckt, dass Betriebsabstimmungen eigentlich dem Führerprinzip widersprechen, erst recht im feindlichen Ausland.

Der erste Abschnitt der deutschen Arbeitsrechtsverordnung für Holland trägt in der holländischen Fassung eine Ueberschrift, die aus 3 deutschen und einem holländischen Wort besteht: "Betrieb, Betriebsführer en Gefolgschaft". Für die dem Sprachschatz des deutschen Mittelalters nachgebildeten Worte "Betriebsführer" und "Gefolgschaft" fand sich kein holländisches Wort. Buchstäblich übernimmt die Verordnung für Holland den Beginn des deutschen Arbeitsordnungsgesetzes mit der Floskel über die Zusammenarbeit von Betriebsführer und Gefolgschaft und der Feststellung, dass der Betriebsführer für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen habe; "diese hat ihm die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue zu halten". Dann folgt, wiederum wörtlich übernommen: "Der Führer des Betriebes entscheidet der Gefolgschaft gegenüber in allen Angelegenheiten, die durch diese Verordnung geregelt werden".

Löhne und Arbeitsbedingungen sollen, wie der zweite Abschnitt festlegt, vom "Bevollmächtigten der Arbeit" geregelt werden. Dieser Beamte, dessen Aufgabengebiet dem eines deutschen Bezirks-Treuhänders der Arbeit entspricht, hat das Recht, Mindest- und Höchst(!)-Grenzen für Löhne und Arbeitsbedingungen festzulegen. Tarifverträge werden nicht mehr abgeschlossen. - Die Lohndruckmassnahmen werden den "Bevollmächtigten" sehr unpopulär machen. Die deutschen Behörden verstecken sich deshalb hinter holländischen Strohmännern: Der Bevollmächtigte wird nicht direkt von den Deutschen, sondern vom Generalsekretär des holländischen Arbeitsministeriums ernannt und entlassen und er arbeitet unter seiner Kontrolle. Ihm zur Seite steht eine beratende Körperschaft (Raad van Bijstand) aus 10 bis 20 Mitgliedern, die zu je 50% aus Unternehmern und Arbeitern oder Angestellten bestehen soll. Die Verhandlungen dieses Beirats sind vertraulich, sodass kein Mitglied öffentlich von Beschlüssen abrücken kann. Hitlers Statthalter weiss, dass er kaum führende holländische Persönlichkeiten als Strohmänner gewinnen kann hat doch z.B. seine Niederländische Arbeitsfront von 312 Sekretären der aufgelösten freien Gewerkschaften nur ganze 5 für sich gewinnen können. Der Statthalter ordnet deshalb an, dass die Sachverständigen die Ernennung annehmen müssen - eine indirekte Anerkennung des Widerstands gegen die Nazis.

Die Niederländische Arbeitsfront ist mit dieser Verordnung zu einer Nazi-Propagandaorganisation degradiert worden wie die Deutsche Arbeitsfront. Der "Bevollmächtigte" soll sich zwar vor prinzipiellen Entscheidungen mit dem Leiter der Arbeitsfront unterhalten, aber braucht sich an dessen Wünsche nicht zu halten. Einen gewissen Einfluss behält die gelbe Arbeitsfront im Betrieb - als Helfer des Unternehmers. In jedem Betrieb mit mindestens 10 Beschäftigten erlässt der "Betriebsführer", nach Beratung mit dem "Sozialen Obmann", eine Betriebsordnung (Reglement van het Betrieb) - sobald die notwendigen Ausführungsbestimmungen erlassen werden.

Von der Haltung der "Sozialen Obleute", denen ihr Amt aufgezwungen wurde, und von der Haltung der holländischen Arbeitergruppen, denen der Bevollmächtigte seine Diktate aufzwingen will, hängt weitgehend ab, ob Berlin wagen wird, auch den Arbeitern anderer Länder sein gelbes "Arbeitsrecht" aufzuzwingen.

(Für die Red.: Holland: "Faschismus", 4.XI.42.; Belgien: "Faschismus", 18.VIII.41. - Die Verordnung gilt mit Ausnahme der Lohnregulierung nicht für See- und Luftfahrt.)

### Wiener Arbeiter in Hitlers Uniform

(ITF) In der Besatzungsarmee in Norwegen sind viele Oesterreicher. Sehr oft unterhalten sie sich darüber, wie man sich im Falle einer Alliierten-Landung in Norwegen wohl verhalten könne. Man nimmt an, dass die Waffen-SS auf jeden Fall bis zum Letzten erbittert kämpfen wird, aber dass die Antinazisten unter den deutschen und österreichischen Soldaten dann einen erheblichen Teil der Mannschaften eventuell dazu mitreissen könnten, die Waffen gegen die SS zu wenden. Auch ein Teil der Offiziere würde wahrscheinlich gegen die ihnen verhasste Waffen-SS und Gestapo vorgehen. Man macht sich auch Gedanken, welche Parolen man in solchem Fall ausgeben soll. - Man überlegt, wie man Norwegern zu erkennen geben kann, dass man sich der Handlungen der Okkupationsmacht schämt. Man ist sich darüber klar, dass individuelle Proteste nur zur Liquidierung der betreffenden Personen



führen und damit die Ansätze der oppositionellen Tätigkeit wieder zerstören würden. Manche haben bei Privatgesprächen mit Norwegern versucht, ihre Gesinnung erkennen zu geben, insbesondere geschieht das, wo österreichische und deutsche Soldaten gemeinsam mit Norwegern zur Arbeit eingesetzt werden. Aber es ist für beide Seiten zu gefährlich, irgendwelchen Kontakt mit der illegalen norwegischen Bewegung zu suchen, zumindest heute.

Die Masse der deutschen und österreichischen Mannschaften ist noch **recht passiv** gegenüber allen Geschehnissen, sie zeigt völligen Gleichmut, auch wenn sie innerlich die Dinge nicht billigt. Ca 55-60% der Soldaten sind auch wohl immer noch vom deutschen Endsieg überzeugt, wenigstens in Südnorwegen, In Nordnorwegen, wo sie **mehr vom Krieg** berührt werden, sind es wohl weniger. Im Sommer hatten noch viele geglaubt, dass Russland vor dem Winter erledigt werde und dass dann ein Kompromissfrieden mit den angelsächsischen Ländern kommen könne. Heute glauben das nur noch wenige. Man beschäftigt sich sehr viel mit der 2. Front und glaubt, dass sie in Nordnorwegen komme. Zu dieser Meinung trägt die Verstärkung der deutschen Truppen und des Materials dort oben bei. Man rechnet mit ungefähr 600.000 deutschen Soldaten in Norwegen.

Viel reden die Soldaten über das Essen, das, wenn auch noch immer besser als für die Norweger, auch für die Soldaten sehr viel schlechter geworden ist, und von Frauen. Ferner darüber, dass der Urlaub eingeschränkt worden ist. Die Soldaten kommen bestenfalls 2 Mal im Jahr nachhause (anfangs 4 Mal) und haben nur 18 Tage innerhalb der deutschen Grenzen (früher 21 Tage und die ganze Reise). Ein Teil, der mit in Russland war, war 2 Jahre nicht mehr in der Heimat.

Drei Mann bekommen jetzt zusammen pro Tag ein Brot (früher jeder ein Brot), die Fettration beträgt 40 gr pro Tag. Das Essen ist sehr einförmig und besteht oft nur aus gekochtem Hering und Kartoffeln. In Nordfinnland gibt es mehr Fleisch, aber nur Konservenfleisch. Ausserdem getrocknetes Gemüse und getrocknete Kartoffeln.

Es gibt eine Reihe Konzentrationslager für Soldaten, eines davon bei Sätermoen. Von dort gehen ab und zu Transporte nach Oslo (zur Weitersendung nach Deutschland oder direkt zum Erschiessen). Dort sind Soldaten, die nach Schweden zu fliehen suchten und gefangen oder auch an der Grenze zurückgeschickt wurden oder irgendwelche Kriminelle. Zuweilen werden sie nicht erschossen, sondern einer Strafkompagnie zugeteilt. Dort ist es so furchtbar, dass manche sich lieber dann für **vorderste Linie** an der russischen Front melden.

Soldaten berichten Furchtbares von den Russenlagern in Nordnorwegen. Doch wird berichtet, dass nur ein Teil der Wachmannschaften grausam ist, andere suchen selber den Gefangenen Essen zuzuschmecken. In Oslo hat man gesehen, wie russische Gefangene beim Kartoffelaufladen rohe Kartoffeln in der Mitte durchschnitten und sich an den Körper klebten, um sie mit ins Lager zu nehmen. Bei der Entdeckung wurden die Hungrigen so furchtbar misshandelt, dass Offiziere dagegen einschritten.

Urlauber, die in Wien waren, meinen, dass die illegale Bewegung nicht mehr so wie in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch arbeitet, vor allem wegen der vielen Einziehungen. Aber gewisse Gruppen, die zusammenhalten, gibt es nach wie vor. An den Arbeitsplätzen komme ziemlich viel Sabotage vor, in verschiedenen Betrieben hätten die Arbeiter sich auch geweigert, Winterhilfebeiträge abzuführen. Kürzlich erst wieder seien in Wien mit einem Schlag 16 Personen abgeführt worden, weil sie Geld gesammelt hätten für die Familie eines von der Gestapo Ermordeten.

Sie erzählen, dass ca 25% der Wiener Londoner Radio hört oder zumindest durch Bekannte davon erfährt. In einem Fall werden solche Nachrichten systematisch französischen Gefangenen, die in Wien arbeiten, zugetragen. In Wien redet man davon, dass ca 3 Millionen Deutsche im Osten gefallen oder gefangen seien. An einen deutschen Sieg glaubt dort kaum noch die Hälfte der Bevölkerung. Doch sei die Angst, was dann komme, riesengross.

Bei den österreichischen Soldaten in Norwegen sind die Londoner Radiomeldungen recht beliebt. Man kann sie in unbewachten Momenten einstellen oder bei Bekannten hören. Aber die oft überoptimistische Tonart kann schwankende Elemente abschrecken. Rein sachliche Mitteilungen wirken am stärksten. Man wünscht, dass die Alliierten mehr darüber schreiben und im Radio **sagen**, dass nach wie vor Massenverhaftungen von Antinazisten in Deutschland und Oesterreich vorkommen. - (Für die Red.: Anfang Oktober 1942.)

### Kriegsgefangene in Deutschland wehren sich

(ITF) Hitlers "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz", der Oberantreiber Sauckel, und das Oberkommando der deutschen Wehrmacht beklagen sich in be-

zeichnenden Runderlassen darüber, dass Kriegsgefangene zielbewusst langsam arbeiten und dass eine Reihe deutsche Arbeiter den Kriegsgefangenen ein

schlechtes Beispiel geben. Der Sauckel-Erlass teilt mit: "Um dem in letzter Zeit immer stärker in Erscheinung tretenden Nachlassen der Arbeitswilligkeit und Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen entgegenzutreten, hat das Oberkommando der Wehrmacht neue Anweisungen erteilt". Es hat erklärt: "Arbeitswilligkeit und Arbeitsleistung haben insbesondere bei den westlichen und südöstlichen Kriegsgefangenen in Industrie und Wirtschaft fast überall, in der Landwirtschaft stellenweise stark nachgelassen. Dies tritt besonders an den Arbeitsstellen in Erscheinung, an denen deutsche Arbeiter nicht beispielgebend, also arbeitsaneifernd., arbeiten". Das Oberkommando der Wehrmacht droht: "Wach- und Hilfsmannschaften werden zur Verantwortung gezogen, und streng bestraft, wenn sie gegenüber Kriegsgefangenen, die mit ihrer Arbeitskraft zurückhalten, nicht einschreiten. Der nichtdienstliche Besuch von Gaststätten und Privathäusern ist den Wachmannschaften während der Arbeitszeit verboten". "Hierzu bemerke ich folgendes", droht Sauckel den Unternehmern und Vorarbeitern: "Die Betriebsführer haben (- erst jetzt? Red.) darauf zu achten, dass eine korrekte und anständige Behandlung der Kriegsgefangenen sichergestellt ist. Die deutschen Arbeiter, die als Vorarbeiter oder zwischen den Kriegsgefangenen eingesetzt werden, sind besonders sorgfältig auszuwählen. Nur wirklich einsatzbereite Arbeitskräfte werden durch ihr Beispiel und ihr Verhalten anfeuernd wirken...".

Verstöße der Kriegsgefangenen gegen Arbeitsdisziplin und mangelnde Arbeitsleistung dürfen unter keinen Umständen stillschweigend hingenommen werden, sondern sind sofort der Wachmannschaft zur Bestrafung zu melden".

Ein Runderlass des Berliner Preiskommissars (vom 2. März) schätzt die Minderleistung der bei Bauten eingesetzten Kriegsgefangenen nach ihm vorliegenden Berichten folgendermassen ein:

Es arbeiten im Durchschnitt kriegsgefangene

Franzosen	80 - 90%	unter Normalleistung	Serben	60 - 70%	unter Normalstg.
Belgier	75 - 85%	" "	Engländer	45 - 55%	" "
Polen	65 - 75%	" "	Russen	40 - 50%	" "

(Für die Red.: Der Runderlass Sauckels vom 3.VI.42 trägt das Aktenzeichen Va 5135/1475.)

"Die Stimme der Frauen" (ITF) "Warum", fragt die illegale französische Zeitung "La Voix des femmes" (Die Stimme der Frauen), "warum bekommen wir auf unsere Karten kein Fleisch? Warum gibt es keine Kleider für unsere Kinder? Warum sind in diesem Monat 50.000 t Weizen, 9000 Schafe, 6000 Rinder, 2400 t Wollwaren ins Ausland gebracht worden? Warum sind unsere Männer immer noch in Kriegsgefangenschaft?"

Diese wohl einzigartige illegale Frauenzeitschrift hat eine Moderubrik. "Schämt Euch nicht der Flicker Eurer Kleider... Jeder Flicker soll Euch und uns alle daran erinnern, dass der Frieden noch fern ist, dass die Freiheit noch nicht erkämpft ist, dass wir leiden und dulden und uns nicht zufrieden geben".

Schürt das Feuer - Aus dem wöchentlichen Küchzetteln: "Der Topf soll brodeln. Schürt das Feuer. Wenn Ihr zu lange Schlange stehen müsst, wenn Ihr seht, dass Eure Kinder keine Milch mehr zu trinken bekommen, wenn Ihr selber würgenden Hunger spürt, denkt daran: der Topf muss brodeln bis er überkocht".

Vichys Polizei jagt die Herausgeberin, die sich als "Bonne Femme" bezeichnet. Als Erscheinungsort gibt die Zeitung einmal an: "Nachdem 23. Ortswechsel". Ein Artikel bricht in der Mitte ab: "Hier musste unterbrochen werden, weil wir unsere Druckerei verlegen mussten. Das Manuskript konnte nicht mitgenommen werden..."

Novembergedanken

(ITF) Am 9. November, am 24. Jahrestag des Zusammenbruchs des deutschen Kaiserreichs, sagte Karmasin, Leiter der deutschen Minderheit in der Slowakei auf einer deutschen Kundgebung in Bratislava (Pressburg): "Es dient nicht dem Sieg, es dient dem Feind, wenn wir meckern, meutern, miesmachen, schwarzhandeln. Unsere eiserne Pflicht ist es, mit allen diesen Dingen aufzuräumen. Und alle in diesem kleinen Häuflein von Meckerern, Meuterern, Schwarzhändlern sollen sich dessen bewusst sein, dass einmal auf sie die Reihe kommt. Sie sollen sich nicht täuschen damit, dass sie heute noch ungeschoren herumlaufen. Wir werden mit ihnen abrechnen. Sie sollen nicht glauben, dass sie sich dann vielleicht hinter Väterchen Staat verkriechen oder in den Falten des slowakischen Volkes oder irgendeines anderen Volkes verkriechen können..."

Meutereien, "Volksdeutsche", die Slowaken oder Tschechen sein wollen - darüber haben Naziführer bisher nicht oft öffentlich gesprochen.

(Für die Red.: Radio Bratislava, 9.IX.42.)

Gedenktage des polnischen Sozialismus  
Ein illegales Flugblatt

Massen Polens" an die Bedeutung dieses Jahres. Vor 60 Jahren, 1882, bildete sich die erste polnische revolutionär-sozialistische Partei, das "Proletariat". Die zaristischen Behörden schlugen die Bewegung nieder, ihre Führer wurden 1886 in Warschau gehängt. Vor 50 Jahren, im November 1892, wurde in Paris die Polnische Sozialistische Partei (PPS) gegründet. Sie hat, betont das Flugblatt, "die Sache der polnischen Unabhängigkeit unlösbar mit der mächtigen Bewegung der Befreiung der arbeitenden Massen von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung verbunden". Die PPS löste ihre Organisationen im September 1939 auf. Die neue "Bewegung der arbeitenden Massen Polens", die im Kampf gegen die Gestapo entstand, erinnert daran, wie die rote Fahne der PPS zum Kampfsymbol der Nation wurde "am Grzybowski-Platz (bei der blutigen Demonstration am 13.XI.1904 am Beginn der polnischen Revolution), beim Marsch der Legionäre (1914-1917 gegen das zaristische Russland) und bei der Verteidigung Gdynias (Gdingens) und Warschaus (gegen Hitlers Armee)."

D A S ist Nazi-Sozialismus!

(ITF) Dr. Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, hat jetzt in zwei in der deutschen Presse auftragsgemäss viel nachgedruckten Artikeln auseinandergesetzt, dass, was er bisher als "Sozialismus" angepriesen hatte, kein Sozialismus war, dass er aber jetzt den "wahren Sozialismus" entdeckt habe. Vor 5 Jahren hatte Ley es als "Sozialismus" bezeichnet, wenn ein Unternehmer - nach den "Kraft durch Freude"-Richtlinien - für Arbeiter Bierabende mit Kartoffelsalat und Würstchen veranstaltete. Im 4. Jahr des Hitlerkrieges sind in Deutschland Würstchen, Kartoffeln und Bier knapp, Ley entdeckt denn auch jetzt (in der Zeitschrift "Vierjahresplan"): "Während wir bis zum Krieg glaubten, dass Sozialismus in Errichtung von 'Kraft durch Freude'-Einrichtungen, in 'Schönheit der Arbeit', in Gewährung von Beihilfen, in Sterbekassen, hygienischen Massnahmen, in Betriebsfesten usw. bestände, sind wir aufgrund der harten Erfahrungen dieses Ringens der Meinung, dass wahrer Sozialismus nur (!) darin besteht, dass der Betriebsführer dazu verpflichtet ist, den Arbeitern und Arbeiterinnen saubere Betriebe, modernste Maschinen, vernünftigste Arbeitsmethoden, beste Berufserziehung, grösstmögliche Gesundheit zu geben und angedeihen zu lassen, damit sie höchste Leistungen vollbringen".

In der Tageszeitung der Arbeitsfront, im "Angriff", hat Ley kurz darauf noch eindeutiger betont, dass sein "Sozialismus" verschärfte Ausbeutung und nicht etwa Befreiung von Ausbeutung ist. Er schrieb: "Der Unternehmer ist allein sozial, der es seiner Gefolgschaft, seinen Arbeitern und Arbeiterinnen, ermöglicht, durch den technischen Ausbau seiner Fabriken, durch vernünftige Arbeitsmethoden und Organisation, durch die bestmögliche Betreuung an Körper, Seele und Geist, durch Ausbildung, Berufsertüchtigung und Gesundheitshaltung, durch eine umfassende und gerechte Menschenführung, die bestmögliche Leistung herauszuholen... Die Akkordarbeit muss so gestaltet werden, dass die Entlohnung ihrem Leistungswert entspricht und dass auch der Einzelakkordarbeiter auf Grund einwandfreier Vorgabezeiten verpflichtet ist, das zu leisten, was er zu leisten vermag".

(Für die Red.: "Vierjahresplan", 15.IX.; "Angriff", 27.X.42.)

Zwangsrekrutierung  
junger Tschechen

(ITF) Alle 1921 und 1922 geborenen Tschechen, die nicht schon in kriegswichtiger Arbeit stehen, werden (seit Anfang November) von den Arbeitsämtern zur Kriegsarbeit im "Protektorat" oder Deutschland eingezogen. Die deutschen Behörden behaupten, dass die Gerüchte, es handle sich um Einziehung zur deutschen Armee, Verleumdungen seien.

Politische Gefangene in Gefahr

(ITF) Politische Opposition wird von den Nazis als asoziales Verbrechen bezeichnet. Man kann sich daher vorstellen, wie künftig politische Gefangene behandelt werden sollen, wenn der neue Staatssekretär des neuen Nazi-Justizministers (in Graz) erklärt: keinesfalls dürfen im Kriege "die asozialen Elemente wohlkonserviert in den Gefängnissen sitzen. Nach dem Willen des Führers muss das Problem der Asozialen schon im Kriege gelöst werden".

(Für die Red.: "Hamburger Fremdenblatt", 30.X.42.)

Ausländische Arbeiterinnen kaserniert

(ITF) Alle in der österreichischen Stadt Graz wohnenden ausländischen Arbeiterinnen mussten (Ende September) ihre Zimmer bei Privaten oder in Hotels aufgeben. Sie wurden in Barackenlagern untergebracht.